



Isabel Flynn
Redaktorin «Zürcher Umweltpraxis»
Koordinationsstelle für Umweltschutz
Generalsekretariat Baudirektion
Telefon 043 259 24 18
isabel.flynn@bd.zh.ch
www.umweltschutz.zh.ch

Mehr hinter der Fassade, als man denkt

Gewässer haben einen hohen emotionalen Wert für uns. Es zieht uns zur Erholung an ihre Ufer. Gewässer sind aber auch von grosser Bedeutung als Trinkwasserreserve sowie als Lebensraum.

Doch **wie geht es unseren Gewässern?** Der Bericht «Zustand Wasser und Gewässer» (Seite 31) gibt regelmässig Auskunft darüber. Und im Interview mit Pius Niederhauser, Sektionsleiter Oberflächengewässer, wird klar, allein von Auge können wir die Gewässerqualität nicht beurteilen.

Viele Gewässerbelastungen stammen aus der Verwendung von Medikamenten, Haushaltschemikalien sowie Pflanzenschutzmitteln. Gerade bei Letzteren ginge es oft mit viel weniger – wenn man weiss, wie. Darum schreibt die Stadt Zürich ihren Pächtern nicht nur vor, die Familiengärten biologisch zu bewirtschaften, sie zeigt ihnen auch, wie man mit Tipps und Tricks **erfolgreich ohne Gift gärtner** kann (Seite 35).

Das grosse Bedürfnis nach einem «eigenen» Familiengarten ist Symbol dafür, dass es uns Menschen nicht nur ans Wasser zieht, sondern auch ins Grüne. Der neue Raumplanungsbericht hält als wesentliche Aufgaben der Raumplanung fest, zwar dafür Freiflächen zur Verfügung zu stellen, aber auch Naherholungspotspots vor zu viel Nutzungsdruck zu schützen (Seite 13).

Grünraum im bebauten Gebiet spielt auch bei künftigen Klimaveränderungen eine wichtige Rolle als Schattenspender mit angenehmem Mikroklima. Gemäss Klimaprognosen werden **Sommer wie der letzte** in rund 40 Jahren die Regel sein. Der kantonale Massnahmenplan Klima soll Anpassungen an künftige Veränderungen vorantreiben und gleichzeitig mit geeigneten Massnahmen Treibhausgasemissionen reduzieren (Seite 5).

Nachhaltig und zukunftsgerichtet zu bauen, ist ein Weg, CO₂-Emissionen zu verringern. Zwei neue Bauten haben diesbezüglich Vorbildcharakter: das erste kantonale Gebäude mit einer grossflächigen Photovoltaikfassade (Seite 25) sowie der ausgeklügelte Provisoriumsbaus der Kantonsschule Uetikon in Modulbauweise aus einheimischem Holz (Seite 21). Beide Artikel illustrieren: Oft steckt mehr hinter der Fassade, als man auf den ersten Blick erkennt.

Ich wünsche Ihnen ein zukunftsgerichtetes 2019!

Herzlich

Isabel Flynn
Redaktorin Zürcher Umweltpraxis

eBaugesucheZH hat ersten Anwendungstest bestanden

eBaugesucheZH ist auf gutem Weg. Das letzte Halbjahr wurde genutzt, um die Webapplikation noch spezifischer auf die Bedürfnisse der Gemeinden, Gesuchsteller und Planer auszurichten. Mit Zürich und Winterthur sowie Vertretern des VZGV wurden Workshops durchgeführt. Zentrale Themen waren Struktur und Benutzerführung der elektronischen Baugesuchseingabe sowie das Dokumentenhandling zwischen der Plattform, den Gemeinden und der kantonalen Leitstelle für Baubewilligungen.

Ende August konnten künftige Anwender im zweitägigen Probetrieb erstmals eigene, einfache bis hochkomplexe Baugesuche elektronisch erfassen. Projektleiter, Architekten, ein Vertreter des Hauseigentümergebietes sowie Bauverwalter und Ingenieure aus den Pilotgemeinden bewerteten die Bedienbarkeit der Applikation insgesamt positiv. Die detaillierten Rückmeldungen lieferten wertvolle Anhaltspunkte, wo noch Änderungen und Ergänzungen notwendig und erwünscht sind. Mit Blick auf die Bedienerfreundlichkeit sind weitere Optimierungen und Vereinfachungen in der Navigation vorgesehen, die letztlich auch der Qualität der Baugesuche zugutekommen. Die Umsetzung dieser Erkenntnisse erfolgt mit dem Ziel, eBaugesucheZH im Sommer 2019 in den sieben Pilotgemeinden zu testen. Zeitgleich werden die Schnittstellen zu den Bausoftware-Programmen implementiert, damit sie bis zum Pilotbetrieb an die Plattform angebunden werden können.

www.ebaugesuche.zh.ch

Umweltschutzamt AWEL ist jetzt nach ISO 14001 zertifiziert

Die Schweizerische Vereinigung für Qualitäts- und Management-Systeme SQS hat die Zertifizierung des Amtes für Abfall, Wasser, Energie und Luft AWEL nach ISO 9001 (Qualität) erneuert. Zusätzlich ist das AWEL neu auch nach ISO 14001 (Umwelt) zertifiziert. Wichtig war, dass die Umweltziele der verschiedenen Massnahmenpläne verwendet werden konnten, die Bewertung des Amtes also weit über den jährlichen Papier- und Stromverbrauch hinausgeht. Das AWEL verfügt nun seit Ende August 2018 über ein integrales Managementsystem, in dem nicht nur die Arbeitsprozesse geregelt, sondern auch die Umwelt-, Sicherheits- und Finanzaspekte integriert sind.

www.awel.zh.ch, manuel.haeberli@bd.zh.ch

Schattenwurfregelung für Hochhäuser in Vernehmlassung

Die Innenentwicklung ist das tragende Prinzip der Raumplanung, um die weitere Zersiedelung der Landschaft zu vermeiden. Auch Hochhäuser sollen ihren Beitrag dazu leisten. Der Regierungsrat hat einen Vorschlag zur Flexibilisierung der Schattenwurfregelung für Hochhäuser erarbeitet. Die Vernehmlassung zur geplanten Verordnungsanpassung dauert vom 30. November 2018 bis 29. März 2019.

Regierungsratsbeschluss Nr. 1055/2018 unter www.rrb.zh.ch
Erläuternder Bericht unter www.vernehmlassung.zh.ch, Stichwort «Schattenwurf».

Arbeitsgruppe Bedürfnisse und Risiken von Mobilfunk

Bundesrätin Doris Leuthard, Vorsterherin des Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK), hat entschieden, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die über den Bereich Mobilfunk und Strahlung diskutieren wird. Sie soll insbesondere Bedürfnisse und Risiken beim Aufbau von 5G Netzen analysieren und bis Mitte 2019 einen Bericht mit Empfehlungen dazu verfassen. Das Bundesamt für Umwelt (BAFU) wird die Arbeitsgruppe leiten.

www.bafu.admin.ch

Klimaschutz: Montrealer Protokoll

Der Bundesrat hat im Oktober 2018 eine Änderung des Montrealer Protokolls, das sogenannte Kigali-Amendment, genehmigt. Mit der Ratifikation des geänderten Protokolls verpflichtet sich die Schweiz zu weiteren Massnahmen im Klimaschutz, indem zusätzlich 18 teilhalogenierte Fluorkohlenwasserstoffe geregelt werden.

www.admin.ch/news
→ Artikel «Massnahmen zum Klimawandel im Kanton Zürich», Seite 5

Koordinationsgruppe gegen Umweltkriminalität

National und international können Umweltschuldlinge nur effektiv bekämpft werden, wenn alle betroffenen Stellen eng und aufeinander abgestimmt zusammenarbeiten. Darum hat der Bundesrat die Schaffung einer Koordinationsgruppe gegen Umweltkriminalität beschlossen. Darin sind alle mit dem Thema befassten Stellen auf Bundesebene vertreten. Zudem werden Vertreterinnen und Vertreter der kantonalen Polizeikörper, Staatsanwaltschaften und Umweltämter zur Teilnahme eingeladen.

www.admin.ch

Neue Regelungen für den Umgang mit gefährlichen Organismen

Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) will die so genannte Einschliessungsverordnung für Organismen, die missbräuchlich verwendet werden können, neuen Anforderungen anpassen. Am 18. Oktober 2018 hat es eine Teilrevision in die Vernehmlassung geschickt. Sie dauert bis am 1. Februar 2019.

www.uvek.admin.ch
→ Artikel «Vollzug hinter Gittern», Seite 9

Lichtemissionen: keine Verordnungsänderung

An seiner Sitzung vom 21. November 2018 hat der Bundesrat beschlossen, auf eine Änderung der Natur- und Heimatschutzverordnung (NHV) zu verzichten, welche den Schutz von Arten und Lebensräumen vor Lichtemissionen verbessern würde. Dabei stützte er sich auf einen Bericht des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK). Dieser war zum Schluss gelangt, dass die geltenden Bestimmungen ausreichen. In Erfüllung des Postulats 09.3285 «Lichtemission und Artenvielfalt» von Nationalrätin Tiana Angelina Moser (GLP/ZH) hatte der Bundesrat 2013 einen ersten Bericht mit dem Titel «Auswirkungen von künstlichem Licht auf die Artenvielfalt und den Menschen» genehmigt.

www.admin.ch/news
→ Artikel «Dimmbare Strassenleuchten für Insekten und Fledermäuse», Seite 19

Verkaufsstatistik von Pflanzenschutzmitteln in der Schweiz

Das Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) veröffentlichte im Juli die Statistik für den Verkauf von Pflanzenschutzmitteln im Zeitraum von 2008 bis 2016. Insgesamt sind die vermarkteten Mengen seit 2008 nahezu unverändert bei rund 2200 Tonnen pro Jahr. Schwefel, Paraffinöl, Glyphosat und Folpet sind nach wie vor die Spitzenreiter. Bei den Herbiziden, insbesondere bei Glyphosat, wird ein deutlicher Rückgang der vermarkteten Mengen beobachtet. Auf der anderen Seite wird eine Zunahme der vermarkteten Mengen an Insektiziden verzeichnet, was auf das Auftreten eines neuen Schädling zurückzuführen ist.

www.blw.admin.ch
→ Interview «Wie steht es ums Wasser und die Zürcher Gewässer», Seite 31